



Presseinformation

21.04.2010
Seite 1 von 9

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

presse@stk.nrw.de
www.nrw.de

Rede
von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
beim Landesdelegiertentag
der Gewerkschaft der Polizei
am Mittwoch, 21. April 2010, 13.30 Uhr
in Dortmund

- Es gilt das gesprochene Wort -

Fast auf den Tag genau vor zwei Jahren haben Sie mich eingeladen, zu Ihnen zu sprechen.

Aus Anlass des 60jährigen Geburtstags der Gewerkschaft der Polizei. Es war eine schöne Feier in Roncalli's Apollo Variété in Düsseldorf. Ich erinnere mich sehr gut daran.

Der Austausch mit der Gewerkschaft der Polizei ist mir sehr wichtig – gerade mit Ihnen, lieber Herr Richter.

Wie hervorragend Sie Ihre Gewerkschaft vertreten, hat Ihre Wiederwahl als Vorsitzender gestern mit eindrucksvollen 95 Prozent bewiesen.

Herzlichen Glückwunsch dazu!

Auch heute bin ich wieder sehr gerne bei Ihnen.

Weil mich Ihr Beruf immer fasziniert hat.

Es gibt wohl kaum einen Beruf, der so viel erlebt.

Dem buchstäblich nichts Menschliches fremd ist.

Sie sehen in menschliche Abgründe.

Aber Sie erleben auch stilles Heldentum.

Ich denke immer daran, wenn die Landesregierung jedes Jahr die Rettungsmedaille an Menschen verleiht, die andere gerettet haben.

Dem Recht Geltung zu verschaffen.

eine menschliche Gesellschaftsordnung bewahren, Sicherheit bei größtmöglicher Freiheit garantieren – das ist eine große Aufgabe.

Wir haben viel für ein sicheres Land getan

Wir wollen eine starke Polizei.

Und wir haben in den letzten Jahren schon viel erreicht.

Ich bin stolz, dass wir die einzige Landesregierung sind, die kw-Vermerke bei der Polizei gestrichen hat.

841 Stellen sind dadurch erhalten geblieben.

Wir sind auch die einzige Landesregierung, die die Zahl der Neueinstellungen mehr als verdoppelt hat. Jährlich werden jetzt seit 2008 1.100 statt 500 Polizeianwärter eingestellt.

Die Zweigeteilte Laufbahn wurde bei uns zu 98,2 Prozent umgesetzt – ein Spitzenplatz im Ländervergleich!

Seit 2005 hat es fast 30.000 Beförderungen gegeben.

Die Beförderungsmöglichkeiten nach A12 wurden verbessert.

33 Prozent aller Polizisten in Nordrhein-Westfalen sind Hauptkommissare!

Wir haben die Ausrüstung massiv modernisiert.
Kein Funkstreifenwagen ist jetzt mehr älter als 2 Jahre, kein Computer älter als 4 Jahre.
Sie haben jetzt moderne Dienstpistolen und Schutzwesten.
Und eine Video-Eigensicherung in Einsatzfahrzeugen.
Auch die Bereitschaftspolizei ist jetzt besser ausgestattet.
Und wir haben seit 2005 700 Millionen Euro in Baumaßnahmen gesteckt.
Und nicht zu vergessen: Die neue Uniform.
Sie ist praktischer und sieht auch besser aus.

Ich weiß, was Sie leisten.
Wir haben die höchste Aufklärungsquote von Straftaten in Nordrhein-Westfalen seit 1963. Das wäre ohne Sie und Ihre Arbeit nicht möglich.
Das verdient höchste Anerkennung!
Dafür möchte ich Ihnen herzlich danken.

Ein sicheres Land ist ein Land, in dem auf Gewalt schnell, eindeutig und kompromisslos reagiert wird. Auch deshalb haben wir den Personalabbau in Gerichten, Staatsanwaltschaften und beim Justizvollzug gestoppt. Wir haben rund 70 neue Staatsanwalts- und Richterstellen geschaffen, um vor allem die Jugend- und Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen. Wir haben im Justizvollzug 346 Stellen neu eingerichtet. Und außerdem weitere 179 Stellen erhalten, die ursprünglich wegfallen sollten. Die Zahl der Ausbrüche aus den Vollzugsanstalten hat sich gegenüber der ersten Hälfte des Jahrzehnts halbiert – ein echter Erfolg für ein sichereres Land.

7 Punkte für eine neue Sicherheitskultur in Nordrhein-Westfalen

Wir in Nordrhein-Westfalen wollen sicher leben. Deshalb kämpfen wir hart gegen Verbrechen. Gegen jede Form von Gewalt, auch gegen politisch motivierte extremistische Gewalt.
Wir haben Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren sicherer gemacht. Wir haben Maßstäbe bei der Verbesserung der inneren Sicherheit gesetzt. Aber wir müssen noch mehr tun.
Ich will eine neue Sicherheitskultur für Nordrhein-Westfalen.
Ich bin überzeugt: Wir können das schaffen.
Eine neue Sicherheitskultur heißt

- die Polizeibeamten vor Übergriffen strafrechtlich besser zu schützen,
- den Opferschutz in den Mittelpunkt zu rücken,
- entschlossen gegen Jugendkriminalität vorzugehen,

- Angsträume durch Videoüberwachung und mehr Polizeipräsenz zu beseitigen,
- Kinder wirksam vor Sexual- und Gewaltstraftätern zu schützen,
- die Sicherheitsbehörden stärker zu vernetzen
- und das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit zu verbessern.

Besserer strafrechtlicher Schutz, mehr Kompetenzen

Punkt 1:

Recht, Sicherheit und Ordnung zu bewahren – das ist in den letzten Jahren nicht einfacher, sondern schwieriger geworden.

Leider.

Aber Politik beginnt mit der Wahrnehmung der Wirklichkeit.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft steigt.

Ich bin bestürzt, wenn Polizeibeamte ohne Vorwarnung angegriffen werden.

Wenn sie schwer verletzt oder gar getötet werden.

Heute stand es schon wieder in der Zeitung: Ein 16-Jähriger hat einen Beamten der Bundespolizei in Wesel angegriffen und schwer verletzt. Nur weil ein anderer eingegriffen hat, konnte Schlimmeres verhindert werden. Gegen diese Übergriffe müssen wir härter vorgehen.

Wir wollen einen besseren strafrechtlichen Schutz und mehr Kompetenzen für Sie, für die Polizei.

Ich will, dass Sie im Dienst besser geschützt werden.

Nicht nur durch bessere Ausrüstung.

Sondern auch durch einen besonderen Schutz des Strafrechts.

Vor allem vor tätlichen Angriffen. Und zwar in allen dienstlichen

Situationen. Nicht nur wenn Sie als Vollstreckungsbeamte Dienst tun.

Sondern zum Beispiel auch, wenn Sie eine Demonstration begleiten und dabei mit Steinen beworfen werden.

Wir wollen gemeinsam mit der Bundesregierung die gesetzlichen Vorgaben zu den strafrechtlichen Sanktionsmöglichkeiten novellieren.

Und ich will auch, dass Täter, die Sie im Einsatz bedrohen oder gar verletzen, stärker haftbar gemacht werden können.

Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und –beamte werden wir nicht hinnehmen. Alle Übergriffe und Straftaten müssen in einer Studie erfasst werden – mit allen Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind.

Wir müssen auch darüber nachdenken, wie Ihre Kompetenzen generell gestärkt werden können.

Zum Beispiel durch erweiterte Kompetenzen für die Fahnder.

Und warum sollte die Polizei nicht auch Anklagebehörde sein können?

Bei Delikten wie Schwarzfahren, Ladendiebstahl, Sachbeschädigung oder Unfallflucht. Das würde auch die Strafverfahren entbürokratisieren und die Staatsanwaltschaften entlasten.

Opferschutz vor Täterschutz

Punkt 2:

Opferschutz muss vor Täterschutz gehen.

Zumeist hat man bisher auf die Täter geschaut.

Auf ihre Probleme und auf die Gründe der Tat.

Das ist nicht falsch.

Aber: Das Vertrauen der Menschen schwindet, wenn der Schutz vor Gewalt und die Not der Opfer nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und des Handelns stehen.

- Wir brauchen mehr Aufmerksamkeit für die Opfer von Straftaten. Und mehr Schutz.
- Der Polizei braucht ein Instrumentarium, um die Bedürfnisse der Opfer stärker berücksichtigen zu können.
- Dafür brauchen wir eine bessere statistische Erfassung und Vermittlung von Opferdaten.
- Wir müssen mehr Erkenntnisse darüber gewinnen, wo und warum Opferschutz und Prävention versagt haben.
- Wir brauchen auch einen Ombudsmann als Ansprechpartner für Opfer und ihre Angehörigen.

Und wir müssen den Zeugenschutz verbessern.

Nur wenn Zeugen wissen, dass sie sich nicht selbst in Gefahr bringen, werden die Menschen hinsehen und nicht wegsehen.

Zu viele schauen zu häufig weg.

Weil sie Angst haben vor den Folgen.

Wir brauchen aber eine Kultur des Hinsehens!

Entschlossen gegen Jugendkriminalität vorgehen

Punkt 3:

Vor einiger Zeit hat mir einer Ihrer Kollegen von seinem Alltag auf dem Revier erzählt. Sie kennen das.

Ich war schockiert. Da werden 13- und 14-Jährige eingeliefert.

Die haben geprügelt. Die haben geraubt.
Die haben Leute auf offener Straße überfallen.
Und das mehrfach. Und da hat mich Ihr Kollege gefragt: Warum müssen wir die wieder laufenlassen? Damit die das nochmals machen?

Wenn ich so etwas höre, dann ist klar, was daraus folgt:
Null Toleranz gegenüber Gewalt. Gerade bei Jugendlichen.
Wir werden entschlossen gegen Jugendkriminalität vorgehen.
Jugendkriminalität muss koordiniert bekämpft werden.
Alle Verantwortlichen müssen sich besser abstimmen.
Die Polizei, die Jugendämter, die städtische Ordnungsdienste und die Schulen.

Die Verrohung müssen wir an der Wurzel packen.
Nicht erst, wenn es zu spät ist. Das fängt bei der frühen Erziehung zur gewaltfreien Konfliktlösung in den Schulen an.
Das geht weiter damit, Ordnungspartnerschaften zwischen der Polizei und städtischen Ordnungsdiensten sowie Schulen und Vereinen auszubauen. Und das reicht bis zur gezielten frühen Bekämpfung krimineller Karrieren.
Wir haben als erstes und bisher einziges Bundesland die Schulleitungen verpflichtet, Straftaten von Schülern in der Schule anzuzeigen.
Die Polizei informiert umgekehrt die Schulen über kriminelles Verhalten von Schülern außerhalb der Schule.

Und wir müssen auch klarer und deutlicher als bisher sagen, dass wir Gewalt nicht tolerieren.
Die Jugendlichen müssen wissen: Die Strafe folgt auf dem Fuß.
Straffällige Jugendliche werden bei uns in Nordrhein-Westfalen im so genannten Vorrangigen Strafverfahren spätestens nach einem Monat vor Gericht angeklagt.
Und mit Projekten wie „Gelbe Karte“ oder dem „Staatsanwalt vor Ort“ zeigen wir Jugendlichen sofort die Grenzen auf, wenn sie mit dem Gesetz in Konflikt geraten.
Der Erfolg gibt uns Recht: Die Zahl der verurteilten Jugendlichen ist 2008 dadurch im Vergleich zum Vorjahr um beachtliche 13,2 Prozent gesunken.

Angsträume beseitigen

Punkt 4:

Der öffentliche Raum muss sicherer werden.

Wir haben zu viele öffentliche Bereiche, wo sich die Menschen nicht mehr hintrauen.

Bahnhofsgegenden am Abend zum Beispiel.

Hier wächst das Gefühl der Unsicherheit.

Gerade bei älteren Menschen.

Diese Angsträume sollen beseitigt werden.

Jeder soll sich in unserem Land an jedem Ort sicher fühlen können.

- Deswegen will ich mehr Polizeipräsenz in diesen Räumen.
- Wir müssen auch gemeinsam daran arbeiten, dass die Menschen besser informiert werden und eingebilddete Gefahren besser von realen Gefahren unterscheiden können.
- Und wir werden uns künftig noch stärker um Prävention kümmern müssen.

Zu häufig können wir nur ahnden, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Oder eingreifen, wenn es gewissermaßen auf dem Brunnenrand sitzt. Wir müssen dahin kommen, dass das Kind – um im Bild zu bleiben – gar nicht erst an den Brunnen herankommt.

- Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir auch einen umfassenden Sicherheitsbericht, der einmal im Jahr von einem unabhängigen Institut erstellt wird. Darin muss die erfasste Kriminalität systematisch dargestellt und analysiert werden.

Und auch die Belastung der Opfer.

Und noch ein wichtiger Punkt: Ich bin für den Ausbau der Videoüberwachung. Ich bin überzeugt, dass das abschreckt.

Denn die potentiellen Täter wissen, dass sie leichter gefasst werden können.

Null Toleranz gegenüber Sexualstraftätern und bessere Vernetzung

Ganz wichtig ist mir ein fünfter Punkt:

Unsere Kinder brauchen einen ganz besonderen Schutz.

Es kann nicht sein, dass Kinder nicht mehr auf der Straße spielen können.

Eine Gesellschaft, die ihre Kinder nicht wirksam schützt, gefährdet ihren Zusammenhalt.

Sie stellt sich selbst in Frage.

Wir arbeiten an einer Sexualstraftäterdatei.

Und wir werden darauf drängen, dass die Gesetzeslücken bei der nachträglichen Sicherungsverwahrung geschlossen werden.

Punkt 6:

Die Anforderungen an die Polizeiarbeit steigen – sowohl national wie international. Das heißt konkret: Wir brauchen eine stärkere Vernetzung der Sicherheitsbehörden – für ein besseres Informationsmanagement sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

Dafür muss die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern noch besser werden. Die Polizeiarbeit muss aber gleichzeitig auch klarer von den Nachrichtendiensten abgegrenzt werden.

Die Polizei stärken: Für ein neues Leitbild

Punkt 7:

Wir wollen Sie, die Polizei, stärken.

Den Auftrag, die Rechte der Bürger zu schützen und sie vor Gewalt zu bewahren, kann nur die Polizei.

Weil nur sie das ausführende Organ des staatlichen Gewaltmonopols ist.

Weil nur sie die Kompetenz dafür hat.

Deshalb will ich keine Privatisierung von Polizeiaufgaben.

Aber die Beamtinnen und Beamten müssen entlastet werden.

Sie müssen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

Angestellte im Polizeivollzugsdienst sollten deshalb Aufgaben des ständigen Objektschutzes übernehmen.

Andere Länder wie Hessen haben damit gute Erfahrungen gemacht.

Wir in Nordrhein-Westfalen wollen das auch erproben.

Aber noch etwas ist wichtig für eine starke Polizei:

Ihr Bild in der Öffentlichkeit muss besser werden.

Zu viele Menschen glauben, dass die Polizei vor allem Straftaten bekämpft.

Zu wenigen ist bewusst, dass sie vor allem Freiheitsrechte schützt, dass die Polizei der Garant einer vitalen freiheitlichen Bürgergesellschaft ist.

Das muss sich ändern.

Daran müssen alle mitwirken.

Die Polizei selbst, indem sie dieses Leitbild stärkt.

Und indem sie ihre Ansprechbarkeit für die Menschen verbessert.

Auch die Medien sind hier in der Pflicht.

Sie müssen diese Rolle der Polizei stärker darstellen.

Und sie müssen daran mitwirken, dass es keine Tabus in der öffentlichen Debatte gibt.

Nur eine starke öffentliche Debatte über die Fakten hilft der Polizei und damit auch den Bürgerinnen und Bürgern.

Auch die Politik ist in der Verantwortung.

Sie muss ihren Teil dazu beitragen, dass die Polizei der Garant der Gesellschaft freier Bürger bleibt und auch so wahrgenommen wird.

Dazu gehört auch, die Forschung über und für die Polizei zu verbessern.

Fachleute sagen immer wieder, dass es daran mangelt.

Und dass die bestehende Kriminalitätsforschung zu wenig an der Praxis orientiert ist.

Wir werden prüfen, ob wir ein eigenes Polizeiforschungsinstitut einrichten können, um dem abzuhelpfen.

Schluss

Wir haben viel erreicht. Aber es liegt noch ein weiter Weg vor uns.

Ich bin überzeugt: Gemeinsam können wir viel erreichen.

Ich bin offen für die Wünsche der Gewerkschaft der Polizei.

Ich setze auf eine gute Zusammenarbeit.

Wir haben ein gemeinsames Ziel: Eine starke Polizei für ein sicheres Nordrhein-Westfalen. Und das werden wir gemeinsam erreichen.

Ich setze auf Ihre Unterstützung!